Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Für Postanhalten und Postboten, unsere Austräger u. jederzeit Bestellungen entgegen. Geschäftsstelle, nehmen zu Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 3spaltige Textzeile (90 mm breit) 20 Rpfg. Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 107 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 9. Mai 1934

Pariser Katzenjammer.

„Wenn es Barthou rechtzeitig gewollt hätte, dann wäre Frankreich und der Sache des Friedens die Rede des Dr. Goebbels erspart geblieben." So steht es zu lesen in dem Leitartikel des Pariser Blattes „Notre Temps".

Der Satz zeigt zweierlei auf. Erstens spricht daraus eine resignierte Selbsterkenntnis über die Erfolglosigkeit des französischen Außenministers Barthou zu einer Zeit, in der Frankreich alle Veranlassung hätte, die ernstesten Anstrengungen zur Erfüllung der eindeutigen Bestimmungen des Versailler Diktats hinsichtlich der Saarabstimmung zu machen. Das Saarproblem wird nicht nur in Deutschland und Frankreich neben der Abrüstungsfrage als eine der bedeutsamsten politischen Entscheidungen für ganz Europa angesehen. Nun ist der französische Außenminister Barthou erst kürzlich zweimal durch Deutschland gereist, als er über Berlin nach Warschau fuhr. Für jeden Politiker, der die europäischen Probleme nicht nur von seinem Schreibtisch aus betrachtet, wäre es selbstverständlich gewesen, daß Herr Barthou diese Fahrt, wenn schon nicht zu einer grundsätzlichen Aussprache, dann doch wenigstens zu einer persönlichen Fühlungnahme mit dem deutschen Kollegen benutzt hätte. Für den Außenminister Frankreichs ist das gar nicht selbstverständlich. Er ließ den Berliner französischen Botschafter zu sich in den Zug einsteigen und setzte seine Reise nach Warschau schleunigst fort.

Und das zweite, was aus jenem Satz des Pariser Blattes hervorgeht, ist die Tatsache, daß die klare und offene Rede, die der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels in Zweibrücken gehalten hat, eine noch viel nachhaltigere Wirkung in Paris getan hat, als man ohnehin schon erwarten durfte. Man tut bei solchen bedeutsamen Anlässen gut, die Wirkung nicht bloß nach den ersten Äußerungen der Gegenseite zu beurteilen. Wie richtig das ist, zeigt sich auch in diesem Fall. Soeben veröffentlicht beispielsweise das große Londoner Blatt „Daily Telegraph" einen Artikel seines nach dem Saargebiet entsandten Sonderberichterstatters, den dieser noch mit unter dem Eindruck der Zweibrücker Kundgebung geschrieben hat. Der englische Journalist faßt die Eindrücke, die er im Saargebiet bei seiner Bereisung gesammelt hat, hinsichtlich der Abstimmung für das Jahr 1935 in dem knappen Satz zusammen: „Die Mehrheit wird überwältigend sein" — für die Deutschen nämlich. Und die Pariser Presse beschäftigt sich zur Zeit noch viel eingehender mit der Zweibrücker Kundgebung als am Montag. Es ist fast amüsant zu lesen, welche Mühe sich die französischen Leitartikler geben, um etwa die „uneigennützige" Haltung Frankreichs herauszustreichen, das lediglich die „Abstimmungsfreiheit" für die Saarländer gesichert wissen wolle. Gesichert? Also ist sie gefährdet? Durch wen? Etwa durch die Saardeutschen, die jedes Interesse an einer freien und unbeeinflußten Abstimmung haben? Und auffallend oft ist in den neuesten Pariser Äußerungen die bis zum Überdruß abgebrauchte Forderung wiederholt, der sogenannte „Völkerbund" müsse für den Schutz der Abstimmungsberechtigten sorgen. Schutz? Also sind die Abstimmungsberechtigten in Gefahr? Durch wen? Es gibt im Saargebiet außer den rund 800 000 Deutschen nur eine verschwindend kleine Anzahl seit 1919 zugewanderter Franzosen, also Landfremder, und außerdem den ebenso kleinen Trupp der aus Deutschland geflüchteten kriminellen Marxisten, Separatisten und Kommunisten, auf deren üble Spitzel- und Bütteldienste sich bekanntlich die landfremde Saarregierung bei der Durchführung ihrer Schikanen stützt. Gegen wen sollen die Abstimmungsberechtigten geschützt werden?

Das eigentlich Entscheidende aber an der Rede des Reichsministers Dr. Goebbels für das Saargebiet wird in der französischen Presse auffallend umgangen, um nicht zu sagen totgeschwiegen. Der Minister hat bekanntlich eine Hilfsaktion großen Stils angekündigt, die das Reich unmittelbar nach der Rückkehr des Saargebietes zum Mutterland durchführen wird. Mit der Bekanntgabe dieses großangelegten Planes aber hat die Reichsregierung das vom französischem Standpunkt aus stärkste Argument für einen Übergang des Saargebietes an Frankreich vernichtet, die Behauptung nämlich, daß ja das Saargebiet wirtschaftlich so auf Frankreich angewiesen sei, daß es sich mit einer Rückkehr zum deutschen Mutterlande ins eigene Fleisch schneiden würde.

Diese Waffe also ist durch die Zweibrücker Mitteilungen des Reichspropagandaministers den Franzosen ein für allemal aus der Hand geschlagen.

Es ist begreiflich, warum man in Paris gerade diesen so überaus wichtigen Teil der Rede des Reichsministers zu umgehen versucht. Die Welt weiß heute aus zahllosen Erfahrungen, daß ein Versprechen, das Adolf Hitler abgibt oder abgeben läßt, so erfüllungssicher ist, als sei es schon ausgeführt, und die bisherige Politik der Regierung Hitler hat diesen Ruf ihres Führers nur immer wieder bestätigt. Das wissen natürlich auch die Saardeutschen sehr genau, und ebenso genau weiß man drüben in Paris, daß mit der Veröffentlichung jenes großen Hilfsplanes Frankreich jetzt für einen Anschluß des Saargebietes überhaupt nichts mehr anführen kann.

Dr. Goebbels hat als Sprecher der Reichsregierung die letzte Klarheit geschaffen. Ob Frankreich die einzig mögliche Schlußfolgerung, nämlich die loyale Förderung einer völlig unbeeinflußten freien Abstimmung, ziehen wird, erscheint nach den bisherigen Erfahrungen zum mindesten als zweifelhaft. P. A. R.

Aktive Wirtschaftspolitik.

Der Reichsfinanzminister über Auftrags- und Entlastungspolitik.

Vor dem Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages sprach Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk über Gegenwartsfragen der Finanzpolitik. Der Minister führte dabei u. a. aus:

Finanzpolitik muß in erster Linie aktive Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sein. Das bedeutet, daß die noch vorhandene Reserve in den Dienst gestellt werden muß, nämlich der Kredit der öffentlichen Hand. Durch diese aktive Konjunkturpolitik wecken wir die Kräfte in der Wirtschaft, die Selbsterhaltungskräfte, die sich fortwirken sollen und schaffen dadurch die Reserven in der Zukunft, aus denen wir die Vorgriffe zurückzahlen.

Diese Konjunkturpolitik wirkt sich nach zwei Seiten aus: Als Auftragspolitik und als Entlastungspolitik.

Durch die aktive Konjunkturpolitik wird im Augenblick und mit fortschreitender Belebung das Umgekehrte als bisher eintreten: die Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge sinken, und die Einnahmen steigen.

Im Jahre 1932 wurden für die Arbeitslosenfürsorge 2,7 Milliarden ausgegeben, im Jahre 1933 rund 2 Milliarden, und wir rechnen 1934 mit rund 1,3 Milliarden Mark.

Seit der Machtübernahme durch die Regierung Hitler ist eine ganze Reihe von Entlastungen auf steuerlichem Gebiet eingetreten. Wir sind aber noch nicht an eine Steuerreform herangekommen. Bei der

Steuerreform

sind zwei Dinge zu unterscheiden: die technische Reform und der materielle Inhalt.

Ein Steuertarif, der dazu führt, daß rund 50 Prozent des Einkommens an den Staat abgeführt werden muß, muß sich stumpflaufen. Wir müssen zu einer Lösung kommen, die uns von den überhöhten Sätzen, an die wir uns in der Nachkriegszeit gewöhnt hatten, langsam wieder zu vernünftigen Sätzen bringt. Die zunehmende Steuerehrlichkeit wird uns ein stärkeres Steueraufkommen gewährleisten, so daß auch eine wesentliche Herabsetzung im Tarif der Einkommensteuer das Effektivaufkommen an Steuern nicht beeinträchtigen wird. Auch eine allmähliche Beseitigung der Hauszinssteuer muß kommen.

Für die Belebung der Wirtschaft sei es entscheidend, neue Kredite zu einem billigen Zinssatz zu bekommen. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit einer Zinspolitik hinsichtlich der alten Zinssätze, wie sie der Reichskanzler am 21. März als notwendig bezeichnet habe. Die Vorbelastung durch die Auftragspolitik und durch die Steuerpolitik ließen sich nur ertragen und nur rechtfertigen, wenn man entschlossen sei, in künftigen Jahren eine absolut

drakonische Sparpolitik

durchzuführen. Erst wenn das geschehen sei, könnten auf der Ausgabenseite allmählich Härten wieder ausgeglichen werden, die in der Krise entstanden seien.

Hiebe, die gesessen haben.

Gezeter der Pariser Presse zu Zweibrücken.

Die Pariser Presse kann sich noch immer nicht mit der Rede des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels in Zweibrücken abfinden. Die langen, wie immer in solchen Fällen von Entstellungen und Verdrehungen wimmelnden Ausführungen zeigen nur allzu deutlich, wie gut die Zweibrücker Hiebe gesessen haben, und in welch schlechtes Gewissen der Minister mit seinen Ausführungen hineinstieß. Wir geben aus dem aufgeregten Geschrei an der Seine unseren Lesern nachstehend einige Kostproben.

Der „Paris Midi" behauptet frischweg, der wichtigste politische Teil der Rede habe in Angriffen gegen Frankreich und den Völkerbund bestanden.

Der „Temps", der bekanntlich gute Beziehungen zu der französischen Regierung unterhält, versichert etwa: man sei von deutschen Staatsmännern viel „Waghalsigkeit" gewohnt; niemand aber habe bisher gewagt, „so zynisch" die Absicht kundzutun, daß Deutschland im Widerspruch zu dem Geist und zu dem Buchstaben der Verträge gewillt sei, im gegebenen Fall durch Gewalt (!) das zu erreichen, was es auf Grund der Rechte nicht erreichen könne.

Der „Matin" hat geradezu Beklemmungen von der erprobten Propagandawirkung des Nationalsozialismus und versichert im übrigen u. a., Frankreich könne nicht noch weitere hunderttausend Flüchtlinge aufnehmen. Das Blatt hat also nicht nur völlig genug an der jüdisch-marxistischen Zuwanderung aus Deutschland vom vergangenen Jahr, sondern stellt mit diesem Satz auch die marxistischen Polizeibüttel der Saarregierung und ihre Helfershelfer bloß.

Der „Petit Parisien" glaubt seinen Lesern eine besonders pikante Neuigkeit vorsetzen zu können. Er versichert, Paris habe sich zu einer Verpflichtung bereit erklärt, gegen die für Deutschland Stimmenden keinerlei Sanktionen zu ergreifen; die gleiche Verpflichtung sei aber von Berlin hinsichtlich der Freunde Frankreichs im Saargebiet „absolut abgelehnt" worden.

Ins Tragikomische reicht schon das Eingeständnis des Pariser Marxistenblattes „Oeuvre", der Gedanke der Schaffung einer internationalen Polizeitruppe für das Saargebiet habe Schiffbruch erlitten, „weil kein Land seine Truppen dazu hat hergeben wollen!"

Den Vogel aber schießt das bekannte Chauvinisten-Blatt „Figaro" ab, wenn es seinen Lesern die alberne Forderung vorsetzt, Frankreich müsse „die germanische Flut eindämmen", die bei der Saarabstimmung Neigung zeige, sich nach Westen zu ergießen!!!

Deutschland, Frankreich und die Saar.

Äußerung des Vizekanzlers von Papen.

Vizekanzler von Papen gewährte anläßlich seines Besuches in Mannheim einem Vertreter des „Hakenkreuzbanner" eine Unterredung, in der er sich über den Zweck seines Besuches u. a. wie folgt äußerte: Wie Sie wissen, richtet sich das Reich darauf ein, die gesamte Produktion des Saargebietes nach der Rückgliederung zu übernehmen. Diesem Ziel dienen auch die Mannheimer Unterhaltungen. So selbstverständlich unsere Vorsorge in dieser Beziehung ist, so muß ich doch immer wieder betonen, wie sehr ich es

bedauere, daß die wirtschaftliche Zukunft des Saargebiets nicht auf die breitere und viel vernünftigere Grundlage einer gegenseitigen und loyalen deutsch-französischen Verständigung gestellt werden konnte.

Wenn sich die französische Presse zum Teil sehr entrüstet über die Zweibrücker Rede des Ministers Goebbels zeigt, so darf ich feststellen, daß der Minister dort doch nur die Konsequenzen gezogen hat aus der vollkommenen Ablehnung der französischen Regierung, auf den Vorschlag des Kanzlers einzugehen. Wenn man in Frankreich die Feststellungen des Ministers Goebbels nur als eine Verschärfung der gegenseitigen Beziehungen darzustellen sucht, dann steht unzweifelhaft fest, daß die Reichsregierung seit Monaten alles getan hat, um dem unvermeidlichen Abstimmungskampf die Schärfe zu nehmen.

Saarländer, meldet euch!

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

„Der Zeitpunkt, an dem die Saarbevölkerung nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages im Wege der Volksabstimmung über ihr künftiges Schicksal entscheiden soll, rückt heran. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest; fällig ist aber die Volksabstimmung vom 10. Januar 1935 ab.

Abstimmungsberechtigt

ist, ohne Unterschied des Geschlechts, wer am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, d. h. am 28. Juni 1919, im Saargebiet gewohnt hat und am Abstimmungstage wenigstens 20 Jahre alt ist.

An alle im Reich außerhalb des Saargebiets wohnhaften Personen, die am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben und vor dem 11. Januar 1915 geboren sind, ergeht die Aufforderung, sich in der Zeit von Donnerstag, dem 3. Mai,

bis Sonnabend, dem 12. Mai,

bei ihrer Gemeindebehörde (Einwohnermeldeamt), in den Städten auf den Polizeipräsidien ihres jetzigen Wohnsitzes zu melden. Das gilt auch für Personen, die sich schon früher als Saarabstimmungsberechtigte gemeldet haben. Personalausweise und, soweit möglich, Nachweise über den Wohnsitz am 28. Juni 1919 (An- und Abmeldebescheinigungen, Beschäftigungszeugnisse usw.) sind mitzubringen. Wo und zu welchen Tageszeiten die Meldungen entgegengenommen werden, wird durch jede Gemeinde rechtzeitig besonders bekanntgegeben."

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF